



Ungleichheit verringern

Dass die Regierungen mit SDG 10 ein eigenständiges Ziel zur Reduzierung von Ungleichheit in die Agenda 2030 aufgenommen haben, war ein bemerkenswerter Erfolg. Die dazugehörige Zielvorgabe, bis 2030 nach und nach für die ärmsten 40 Prozent ein über dem nationalen Durchschnitt liegendes Einkommenswachstum zu erreichen, war allerdings wenig ambitioniert. Aber selbst dieses bescheidene Ziel wurde in den Jahren 2009–2022 gerade einmal in etwas mehr als der Hälfte aller Länder erreicht. In Zentral- und Südasien waren es nur 30 Prozent, in Subsahara-Afrika 38 Prozent der Länder.¹ Die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie haben zudem dazu geführt, dass die Ungleichheit zwischen den Ländern 2020 wieder zugenommen hat, und das in größerem Ausmaß als in den vorausgegangenen 30 Jahren. Die Auswirkungen des Ukrainekrieges drohen diesen Trend noch zu verschärfen. Und auch in Deutschland ist die Kluft zwischen Arm und Reich weiterhin groß. Vor allem bei der Ungleichheit der Vermögensverteilung nimmt Deutschland innerhalb der EU einen Spitzenplatz ein.²

Kluft zwischen Arm und Reich wächst

Der World Inequality Report, die umfassendste wissenschaftliche Untersuchung zum Thema Ungleichheit, konstatierte 2022, dass die Kluft zwischen Arm und Reich innerhalb der Länder sich infolge der COVID-19 Pandemie alarmierend vergrößert hat.³

Demnach entfielen 2022 auf die reichsten 10 Prozent der Weltbevölkerung 52 Prozent des globalen Einkommens, auf die unteren 50 Prozent nur 8,5 Prozent. Bei der Verteilung des globalen Reichtums ist die Ungleichheit noch größer. Während die reichsten 10 Prozent über 76 Prozent des Vermögens verfügen, sind es bei den ärmsten 50 Prozent gerade einmal 2 Prozent (s. Abbildung 10.1).⁴

1 United Nations (2023a), S. 32.

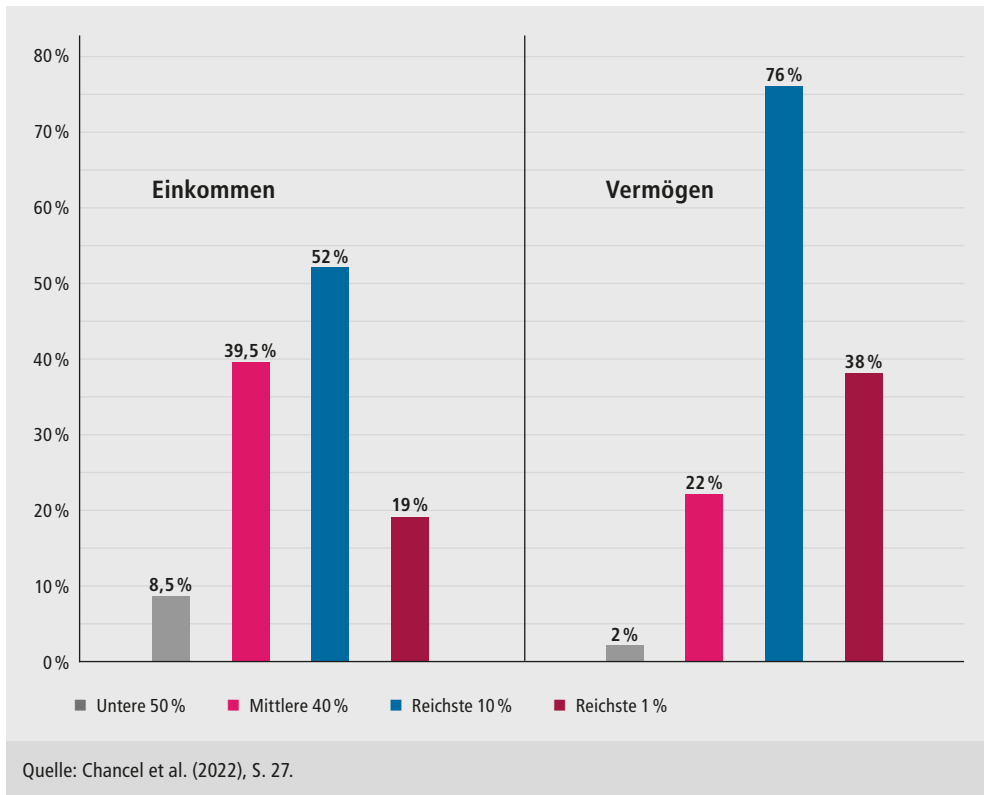
2 Davies/Lluberias/Shorrocks (2022), S. 119ff.

3 Chancel et al. (2022), S. 46.

4 Ebd., S. 27.

Abbildung 10.1

Die globale Ungleichheit von Einkommen und Vermögen 2021



Besonders alarmierend ist die steigende Konzentration von privatem Vermögen, vor allem an der Spitze der Vermögenspyramide. Die Jahre 2020 und 2021 markierten den stärksten Anstieg des Vermögens von Milliardär*innen weltweit. Laut einer Studie von Oxfam hatte sich das Vermögen der zehn reichsten Männer der Welt zwischen dem Beginn der COVID-19-Pandemie im März 2020 und November 2021 verdoppelt und entsprach dem der ärmsten 40 Prozent der Weltbevölkerung, das heißt 3,1 Milliarden Menschen.⁵

Das US-Magazin Forbes, das jedes Jahr eine Rangliste der Milliardär*innen veröffentlicht, errechnete, dass es 2021 2.755 Milliardär*innen mit einem Gesamtvermögen von 13,1 Billionen US-Dollar gab. Seitdem ist ihre Zahl u. a. infolge gesunkener Aktienkurse und Ukrainekrieg leicht zurückgegangen, auf 2.668 im Jahr 2022 und 2.640 im Jahr 2023.⁶ Ihr

5 Oxfam Deutschland (2022), S. 3.

6 <https://www.forbes.com/billionaires/>

Vermögen war aber mit 12,2 Billionen US-Dollar im März 2023 noch immer wesentlich größer als 2020 mit 8,1, Billionen US-Dollar. Reichster Mann der Welt war im März 2023 vorübergehend der Franzose Bernard Arnault, Chef des Luxusgüterkonzerns LVMH, mit einem Vermögen von 211 Milliarden US-Dollar. Im Juli 2023 lag der US-Milliardär Elon Musk mit einem Vermögen von 255 Milliarden US-Dollar wieder an der Spitze.⁷

Die meisten Milliardär*innen sind nach wie vor in den USA zu finden, wo 735 Personen mit einem Gesamtvermögen von 4,5 Billionen US-Dollar gelistet sind. China (einschließlich Hongkong und Macau) liegt mit 562 Milliardär*innen und einem Vermögen von 2 Billionen US-Dollar an zweiter Stelle. In Indien leben mit 169 Milliardär*innen inzwischen mehr Superreiche als in Deutschland mit 125 Milliardär*innen.⁸

Einkommensungleichheit in Deutschland

Die Reichen in Deutschland werden nicht nur in absoluten Zahlen, sondern auch relativ zur Gesamtbevölkerung reicher, während die Armen relativ ärmer werden. Das Steuer- und Sozialsystem wirkt diesem Trend nicht hinreichend entgegen. 2021 entfielen 37 Prozent des Einkommens auf die reichsten 10 Prozent der Bevölkerung in Deutschland und nur 19 Prozent des Einkommens auf die ärmsten 50 Prozent.⁹ Die gewerkschaftsnahe Hans-Böckler-Stiftung weist darauf hin, dass die Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro im Oktober 2021 noch gravierendere Auswirkungen der ansteigenden Inflation auf die Einkommensungleichheit in Deutschland verhindert habe.¹⁰ Nach Angaben der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) hat der gleichzeitige Rückgang der Reallöhne infolge der Inflation diese Wirkung jedoch vermindert.¹¹ Neben einer Weiterentwicklung des Mindestlohns könnten langfristige Fortschritte in der Einkommensverteilung unter anderem durch eine bessere Integration von Migrant*innen und Geflüchteten in den Arbeitsmarkt erzielt werden.

Im europäischen Vergleich liegt Deutschland mit einem Gini-Koeffizienten von 0,3 (2021) etwa im EU-Durchschnitt.¹² Deutschland ist dabei eines der wenigen EU-Länder, in denen die Einkommensungleichheit während der Pandemiejahre größer geworden ist – trotz der milliardenschweren Coronahilfspakete. Der Gini-Koeffizient des verfügbaren Einkommens stieg von 0,297 (2019) auf 0,309 (2021).¹³

7 <https://www.forbes.com/real-time-billionaires/#10dfee7f3d78> (Stand: 18. Juli 2023)

8 <https://www.forbes.com/billionaires/>

9 Chancel et al. (2022), Country Sheets, S. 17f.

10 <https://www.boeckler.de/de/boeckler-impuls-mindestlohn-weiterentwickeln-48106.htm>

11 ILO (2022)

12 Dauderstädt (2023), S. 7.

13 Ebd.

Innerhalb von Deutschland ist die Einkommensungleichheit in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern mit einem Gini-Koeffizienten von 0,25 am geringsten, in Bremen, Hamburg und Hessen mit 0,32 am größten.¹⁴

Vermögensungleichheit in Deutschland stagniert auf hohem Niveau

Noch stärker ausgeprägt ist die Ungleichverteilung der Nettovermögen in Deutschland. In kaum einem anderen Land der EU ist das Vermögen so stark konzentriert wie in Deutschland.¹⁵ Der Gini-Koeffizient der Vermögensverteilung lag in Deutschland 2021 bei 0,79. Geringfügig höher war er lediglich in Schweden, Lettland, Irland und Zypern.¹⁶ Die reichsten 10 Prozent der deutschen Bevölkerung besaßen 2019 67,3 Prozent des Gesamtvermögens, die ärmsten 50 Prozent gerade einmal 1,3 Prozent.¹⁷

Einer Studie des ECONtribute-Projekts der Universitäten Bonn und Köln zufolge hat besonders seit der Wiedervereinigung die Vermögensungleichheit in Deutschland stark zugenommen.¹⁸ Das durchschnittliche Nettovermögen der reichsten 10 Prozent betrug 1993 noch das 50-fache jenes der unteren Hälfte der Bevölkerung. Im Jahr 2018 war es bereits das 100-fache. Auf die ärmsten 50 Prozent der deutschen Bevölkerung entfiel 1993 nur 5 Prozent des Gesamtvermögens. Dieser Anteil hat sich bis 2018 fast halbiert auf nur noch 3 Prozent.

Stefan Bach vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) sieht für die hohe Vermögenskonzentration in Deutschland eine Vielzahl von Gründen:¹⁹

- » Infolge des demografischen Wandel wächst der Anteil der älteren Bevölkerung, die lebenszyklusbedingt mehr Vermögen aufgebaut hat.
- » Die Wohneigentumsquote ist in Deutschland im internationalen Vergleich sehr niedrig.
- » Die deutschen Sozialversicherungssysteme entlasten einerseits von privater Vorsorge und Vermögensbildung, sie erfordern andererseits hohe Beitragslasten und reduzieren damit die Möglichkeiten zur eigenen Vermögensbildung.

14 <https://www.statistikportal.de/de/nachhaltigkeit/ergebnisse/ziel-10-weniger-ungleichheiten/gini-koeffizient-zur-einkommensverteilung#11411> (Werte für 2021).

15 Davies/Lluberá/Shorrocks (2022), S. 119ff.

16 Ebd.

17 Bach (2021), S. 809

18 Albers/Bartels/Schularick (2020)

19 Bach (2021), S. 809

- » Die Sparquote ist in Deutschland hoch, aber die verbreitetsten Anlageformen (festverzinslichen Anlagen wie Sparbüchern, Festgeld, Lebensversicherungen oder Girokonto) warfen in den letzten Jahren keine Renditen ab, so dass es real zu Vermögensverlusten kam.
- » Die Erbschaftsteuer und Steuern auf hohe Vermögen spielen in Deutschland seit den 1970er Jahren keine große Rolle mehr, die Vermögenssteuer wurde 1997 ausgesetzt.
- » Infolge zunehmender Einkommensungleichheit kommt es zu einer wechselseitigen Verstärkung. Mit steigenden Einkommen nehmen die Sparmöglichkeiten oberer Einkommenschichten zu, so dass die Vermögensungleichheit steigt. Diese speist durch steigende Kapitalerträge wiederum die Einkommensungleichheit.
- » Die Vermögenspreise sind im vergangenen Jahrzehnt kräftig gestiegen. Davon profitierte primär die obere Hälfte der Bevölkerung, während der absolute Vermögensabstand zur besitzlosen unteren Hälfte wuchs.

Die tatsächliche Ungleichverteilung der Vermögen ist in Deutschland vermutlich noch weit größer, als es die Zahlen vermuten lassen. Die Studie des ECONtribute-Projektes weist darauf hin, dass die Vermögen in Deutschland in offiziellen Statistiken deutlich unterschätzt würden. Sowohl Betriebsvermögen als auch Immobilienvermögen würden viel zu niedrig angegeben. Das Vermögen in Deutschland sei daher relativ zum BIP um 120 Prozentpunkte größer als offiziell angegeben.

Steuerliche Hebel zur Reduzierung von Ungleichheit

Ökonomische und andere Formen der Ungleichheit sind keine Zwangsläufigkeit, sondern Resultat gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse und politischer Entscheidungen. Jedoch sind diese bis heute allzu oft bestimmt von den Interessen der Reichen. Das US-Magazin *The Week* spricht mit Blick auf die Situation in den USA von einem „Teufelskreis der Ungleichheit“, in dem die wachsende wirtschaftliche Ungleichheit die politische Ungleichheit verstärke, was wiederum die Fähigkeit von Unternehmen und reichen Eliten erhöhe, die Politik zu beeinflussen, um ihren Reichtum und ihre Privilegien zu schützen.²⁰ Gleichzeitig wird beispielsweise die Macht der Gewerkschaften immer weiter ausgehöhlt. Der ehemalige Chefökonom der Weltbank Branko Milanovic konstatiert, dass

„(...) ein höheres Maß an Ungleichheit für die Reichen wirtschaftlich vorteilhaft zu sein scheint, da sie oft in der Lage sind, ihre unverhältnismäßige Kontrolle über die Ressourcen in einen

unverhältnismäßigen Einfluss auf die politische und wirtschaftliche Entscheidungsfindung zu verwandeln.“²¹

Vor diesem Hintergrund können Reformen im Steuersystem einen wichtigen Beitrag dazu leisten, dass eine Gesellschaft sich in Richtung von mehr Gleichheit entwickelt. Ein progressives Steuersystem kann nicht nur sozio-ökonomische Ungleichheiten verringern, sondern kann mittelbar auch zum Abbau von Machtstrukturen und Diskriminierung sowie zur Förderung von Geschlechter- und Klimagerechtigkeit beitragen.

Mit der Agenda 2030 haben sich die Regierungen dazu verpflichtet, durch gezielte fiskal-, lohn- und sozialpolitische Maßnahmen größere Gleichheit zu erzielen (SDG 10.4). Dass dies funktioniert, zeigt nicht zuletzt das Beispiel Deutschland, wo der Gini-Koeffizient des Markteinkommens um 25 Punkte höher liegt (2021 bei 0,56) als der Koeffizient nach Steuern und Sozialtransfers (0,31).²² Eine effektive Steuer- und Sozialpolitik kann Einkommensungleichheit substantiell reduzieren. Allerdings sind hier die Potentiale bei weitem noch nicht ausgeschöpft. Das gilt sowohl für die (nicht erhobene) Vermögenssteuer als auch für die Einkommensteuer.²³

Bislang beschränkten sich viele Politikrezepte zur Verringerung von Ungleichheit gemäß der Zielvorgabe von SDG 10.1 darauf, der ärmeren Bevölkerung Einkommenszuwächse zu ermöglichen, die über dem nationalen Durchschnitt liegen. Einkommen und Vermögen der Reichen blieben davon weitgehend unberührt. Gebracht hat dies bislang wenig. Zur Umsetzung der Agenda 2030 insgesamt wird dieser ausschließlich auf Wachstum zielende Ansatz angesichts der ökologischen Grenzen der Erde erst recht nicht ausreichen. Die Regierungen werden um politische Maßnahmen der Umverteilung von Einkommen und Vermögen nicht herumkommen.

Steuerliche Hebel bieten dafür die Vermögen- und die Erbschaftsteuer. Eine Vermögenssteuer wurde in Deutschland von 1923 bis 1996 erhoben. Das Bundesverfassungsgericht erklärte diese jedoch 1995 aufgrund der Privilegierung des Grundvermögens für verfassungswidrig. Die damalige Bundesregierung verhinderte eine entsprechende Neuregelung, woraufhin die Steuer ab 1997 ausgesetzt wurde.²⁴

Die Vermögenssteuer ist jedoch bis heute im Grundgesetz (Art. 106) vorgesehen. Demzufolge ist in jüngster Zeit die Diskussion über eine verfassungskonforme Wiedereinführung der Vermögenssteuer neu ent-

21 www.theglobeandmail.com/report-on-business/rob-commentary/the-two-sides-of-todays-global-income-inequality/article37676680/ (Übersetzung JM)

22 Dauderstädt (2023), S. 7.

23 Für weitere Vorschläge zur Reduzierung von Ungleichheiten vgl. z. B. Horn et al. (2017).

24 https://www.div.de/de/div_01.c.412762.de/vermoegensteuer.html

flammt. In Anbetracht der wachsenden Ungleichheit und der Kosten der Coronakrise haben sich Spitzenpolitiker*innen sowohl von Regierungs- als auch von Oppositionsparteien für unterschiedliche Varianten einer Vermögensteuer oder –abgabe ausgesprochen.²⁵ Unterstützung bekommen Sie dabei von zivilgesellschaftlichen Gruppen sowie von den Gewerkschaften aus dem DGB²⁶ und vom deutschen Netzwerk Steuergerechtigkeit.²⁷

Bundesfinanzminister Christian Lindner ist dagegen weiterhin der Meinung, dass sich Deutschland eine Vermögensteuer nicht leisten könne, da sie vor allem den Mittelstand treffen und damit Investitionen hemmen würde.²⁸

Dabei hätte eine solche Steuer ein erhebliches Einnahmepotential. Oxfam hat dies für die globale Ebene folgendermaßen berechnet: Würde das reichste Prozent der Weltbevölkerung 0,5 Prozent Vermögensteuer zahlen, ließen sich über 10 Jahre damit 117 Millionen zusätzliche Jobs im Gesundheits- und Bildungssektor finanzieren.²⁹

Auch die Ausgestaltung der Erbschaftsteuer hat zentrale Auswirkungen auf Ungleichheit – über Generationen hinweg. Deutschland hat hier im internationalen Vergleich zwar relativ hohe Spitzensteuersätze von bis zu 50 Prozent. Allerdings machen laut dem DIW die Erbschafts- und Schenkungsteuer nur 1,1 Prozent des gesamten Steueraufkommens aus. Grund hierfür sind die hohen persönlichen Freibeträge und weitgehenden Steuervergünstigungen für Unternehmensübertragungen.³⁰ Grund ist, dass in Deutschland das Betriebsvermögen bei Erbschaft durch einen Verschonungsabschlag, Abzugsbetrag und einen Entlastungsbetrag steuerlich begünstigt ist.

Als Folge ist die Erbschaftsteuer stark ungleich verteilt. Nach Freibeträgen von bis zu 500.000 Euro zahlen Erb*innen eines Vermögens von einer Millionen Euro im Schnitt 10 Prozent Erbschaftsteuer. Wer jedoch 100 Millionen Euro erbt, zahlt durchschnittlich nur die Hälfte dieses Satzes. Zwei Drittel der Erb*innen aus dieser Gruppe zahlten in der Praxis überhaupt keine Steuern.³¹ Das heißt beispielsweise, die 600 Deutschen, die 2018 mehr als zehn Millionen Euro erbten oder geschenkt

25 So zum Beispiel die SPD-Vorsitzende Saskia Essen (<https://www.vorwaerts.de/artikel/spd-chefin-corona-krise-vermoegensabgabe-diskutieren>) und die Bundestagsfraktion der Linken (<https://www.die-linke.de/themen/umverteilen/>).

26 <https://www.dgb.de/themen/++co++c64498a2-ca40-11e9-91f4-52540088cada>

27 <https://www.netzwerk-steuergerechtigkeit.de/plaedoyer-fuer-eine-verkappte-vermoegensteuer/>

28 <https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Presse/Namensartikel/2022/2022-11-11-lindner-zur-vermoegensteuer.html>

29 <https://www.oxfam.org/en/press-releases/worlds-billionaires-have-more-wealth-46-billion-people>

30 Bach (2021)

31 Ebd.

bekamen, zahlten auf die Gesamtsumme von 31 Milliarden Euro nur 5 Prozent Steuern.³² Von den etwa 30 Deutschen, die 2018 100 Millionen Euro oder mehr erben oder geschenkt bekamen, zahlten nur fünf überhaupt Steuern, im Schnitt lag der Steuersatz bei 0,2 Prozent.³³

Migration als Ausdruck globaler Ungleichheiten

Die Auseinandersetzung mit Ungleichheiten im Sinne von SDG 10 darf sich allerdings nicht auf die Verteilung von Einkommen und Vermögen beschränken – so wichtig dies auch ist. Die Analyse sozialer Ungleichheit muss auch Formen der Diskriminierung bestimmter Bevölkerungsgruppen (sog. horizontale Ungleichheiten) in den Blick nehmen. Das gilt weiterhin insbesondere für die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern (s. SDG 5).³⁴ Dazu zählt aber auch die Betrachtung von Migration als Ausdruck globaler Ungleichheiten.³⁵ Dies ist der Grund, warum die Regierungen unter SDG 10 auch die Zielvorgabe 10.7 aufgenommen haben, mit der sie sich verpflichten, die geordnete, sichere, reguläre und verantwortungsvolle Migration zu erleichtern. Dies soll durch planvolle und gut gesteuerte Migrationspolitiken geschehen. Die prekäre Lage vieler Millionen Migrant*innen weltweit zeigt, dass die Regierungen auch von der Verwirklichung dieses Zieles noch weit entfernt sind.

2016 hatten die Regierungen in der UN-Generalversammlung Migrations- und Flüchtlingsfragen auf die internationale Agenda gesetzt und eine New Yorker Erklärung für Flüchtlinge und Migranten verabschiedet. Zwei Jahre später einigten sie sich auf den Globalen Pakt für sichere, geordnete und reguläre Migration.³⁶ Der Globale Pakt ist die erste zwischenstaatlich ausgehandelte, wenngleich nicht völkerrechtliche bindende Vereinbarung, die unter dem Dach der Vereinten Nationen ausgearbeitet wurde und alle Dimensionen der internationalen Migration abdeckt.

Aber entgegen dem Anspruch des Globalen Migrationspaktes haben viele Staaten auf die globalen Krisen und Konflikte der letzten Jahre zunehmend mit der Schließung nationaler Grenzen, verstärkter Militarisierung und der Kriminalisierung von Migrant*innen reagiert.³⁷

32 <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/erben-steuern-erbschaftsteuer-ungleichheit-1.4704923>

33 Ebd.

34 Oberland (2018), S. 26ff.

35 <https://www.iom.int/reducing-global-inequalities>

36 <https://www.iom.int/global-compact-migration>

37 Siehe dazu den umfassenden Spotlight Report on Global Migration, Friedrich-Ebert-Stiftung/Global Coalition on Migration (2022).

Auch die Europäische Union und Deutschland stellt der Anspruch einer planvollen und gut gesteuerten Migrationspolitik vor enorme Herausforderungen. Einerseits machen der erhebliche Fachkräftemangel und der demographische Wandel in Deutschland eine verstärkte Migration aus Drittstaaten und ein dementsprechendes Einwanderungsrecht unumgänglich.³⁸ Andererseits verschärft die EU zunehmend ihre Asyl- und Migrationspolitik und damit die Möglichkeit einer sicheren und verantwortungsvollen Migration. Die Reaktion auf die zunehmenden Krisen und die Pushbacks an den EU-Außengrenzen sind Zeichen einer Verschärfung der Grenzregime und der Externalisierung der Verantwortung für Geflüchtete und Migrant*innen, oft auf Kosten der Menschenrechte.³⁹

Im Juni 2023 haben sich die Mitgliedstaaten der Europäischen Union nach Jahren der Blockade auf eine Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) verständigt. Nach Ansicht der Bundesregierung ist dies „ein nie zuvor erreichter Kompromiss, der zeigt, dass Europa gemeinsam handlungsfähig ist, wenn der Wille dazu da ist.“⁴⁰

Ein breites Bündnis aus über 50 Menschenrechtsorganisationen und Hilfswerken sieht in dem Kompromiss dagegen eher die Fortsetzung eines Trends der Entwertung europäischer Grund- und Menschenrechte und der Erosion rechtsstaatlicher Grundsätze.⁴¹ Der Tenor ihrer gemeinsamen Stellungnahme lautet:

„Die aktuellen Reformvorschläge rütteln nicht nur an den Grundfesten des Rechtsstaates, sondern werden auch bereits existierende Probleme des europäischen Asylsystems noch verschärfen. Die Verantwortung für die Durchführung von Asylverfahren bliebe weitgehend bei den Außengrenzstaaten, was schon jetzt zu ihrer Überlastung und der Nichtanwendung von bestehenden Regelungen, zu starken Verzögerungen beim Zugang zum Schutz sowie zu gravierenden Menschenrechtsverletzungen führt. Lediglich geringfügige Veränderungen an einem dysfunktionalen System können daran nichts ändern. Stattdessen sollte lieber durch Deutschland mit Nachdruck an einer solidarischen Aufnahme von Ankommenden in der EU gearbeitet werden, welche die Rechte und Bedürfnisse der Schutzsuchenden stärker in den Mittelpunkt stellt.“⁴²

38 Geis-Thöne (2021)

39 <https://www.hrw.org/world-report/2022/country-chapters/european-union>

40 <https://www.bmi.bund.de/DE/themen/migration/asyl-fluechtlingsschutz/asylsystem-geas.html>

41 <https://www.amnesty.de/informieren/aktuell/gemeinsames-europaeisches-asylsystem-geas-statement-fluechtlingsschutz>. Zur Reaktion des Bundesinnenministeriums auf die Kritik siehe <https://www.bmi.bund.de/DE/themen/migration/asyl-fluechtlingsschutz/asylsystem-geas.html>.

42 <https://www.amnesty.de/sites/default/files/2023-05/Statement-Gemeinsames-Europaeisches-Asylsystem-Appell-Bundesregierung-Reform-Mai-2023.pdf>

Eine kontroverse Debatte über die Reform der europäischen Asylpolitik gab es im Juni 2023 auch im Deutschen Bundestag. Während die SPD begrüßte, dass es mit der Einigung der EU-Innenminister endlich einen „dauerhaften und verbindlichen Solidaritätsmechanismus“ gebe, und die FDP vor einem Scheitern der Reform warnte, konstatierten Vertreter*innen von Bündnis90/Die Grünen, dass die beschlossene Einigung „in der Summe wohl keine Verbesserung bringen“ werde.⁴³ Die CDU/CSU sieht in den Reformvorschlägen einen richtigen Schritt, sieht aber Nachbesserungsbedarf, während Die Linke den Ratsbeschluss einen „Frontalangriff auf die Rechte Schutzsuchender“ und einen „Anschlag auf die Menschenrechte“ nannte.⁴⁴ Auf EU-Ebene gehen die Verhandlungen nun im Trilog von Rat, Parlament und Kommission weiter und sollen bis zu den Europawahlen im Juni 2024 abgeschlossen sein.

43 <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2023/kw24-de-asylsysteme-951866>

44 Ebd.